

## **REVERSE - Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial**

Förderkennzeichen: 01UG1738X; Laufzeit: 01.10.2017-31.01.2020

Zuwendungsempfänger: Philipps-Universität Marburg, Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung, Kontakt: Annette.Henninger@staff.uni-marburg.de

### **Kurzfassung der Projektergebnisse**

Seit der Jahrtausendwende nehmen Mobilisierungen gegen ‚Gender‘ zu, die die Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitik sowie Politiken zur Liberalisierung von Sexualität als Ideologie brandmarken. Damit ist der Vorwurf verbunden, ‚Genderismus‘ zielen auf die systematische Bevorzugung von Frauen und sexuellen Minderheiten, bedrohe die vermeintlich natürliche oder gottgewollte Geschlechterbinarität, das Kindeswohl, die traditionelle Familie und damit das Fundament der Gesellschaft. In der Forschung besteht Uneinigkeit, wie dieses Phänomen begrifflich zu fassen und in welchem Kontext es zu interpretieren ist. In der deutschsprachigen Debatte dominieren bislang Perspektiven, die Antifeminismus als (individuelles) ‚Unbehagen an der Moderne‘, d.h. als Reaktion auf reale oder subjektiv wahrgenommene Bedrohungen durch einen modernisierungsbedingten Wandel der Geschlechterverhältnisse interpretieren. International werden Anti-Gender-Kampagnen im Lichte der Bewegungsforschung dagegen als von strategisch handelnden Akteur\*innen herbeigeführte kollektive Mobilisierungen gedeutet. Erst in jüngerer Zeit wird Antifeminismus auch dezidiert als ‚Angriff auf die Demokratie‘ durch rechtspopulistische bzw. extrem rechte Akteur\*innen interpretiert. Dabei wird die Bedeutung von Antifeminismus als Kernelement rechter Ideologien von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit sowie als zentrale politische Strategie im Kampf um gesellschaftliche Hegemonie hervorgehoben.

Das Projekt *REVERSE* legt erstmals einen über Einzelfallstudien hinausgehenden systematischen Vergleich antifeministischer Diskurse in Deutschland in fünf empirischen Feldern (Wissenschaft, Integrationsarbeit, (Sexual-)Pädagogik, Mutterschaft und ‚Ehe für alle‘) vor. Gemeinsame Leitfragen und Analyseperspektiven sicherten die Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Gefragt wurde erstens nach feldspezifischen Dynamiken, Akteursstrukturen und Zielgruppen des aktuellen Antifeminismus. Zweitens wurden diskursive Verschränkungen antifeministischer mit weiteren Diskursen untersucht, insbesondere mit Rassismus sowie bezüglich der (De-)Thematisierung sozialer Fragen. Drittens wurde nach der Verknüpfung antifeministischer Überzeugungen mit subjektivem Erleben und der Diskursivierung gesellschaftlicher Krisen gefragt. Ziel des Projekts war es, an die Spezifik der jeweiligen empirischen Felder angepasste Strategien für den Praxistransfer zu entwickeln, insbesondere für die Bildungs- und Beratungsarbeit. Hierfür wurden gemeinsam mit den Praxispartner\*innen des Projekts konkrete Vorschläge entwickelt.

Als fallstudienübergreifendes Forschungsergebnis lässt sich hervorheben, dass antifeministische Diskurse als krisenhaft gedeutete Entwicklungen in den Geschlechterverhältnissen dramatisieren. Dabei werden zwar reale gesellschaftliche Probleme aufgegriffen; allerdings kommt es dabei zu populistischen Verzerrungen oder diskursiven Verschiebungen, indem strukturell bedingte gesellschaftliche Verwerfungen personalisiert und/oder auf kulturellem Terrain bearbeitet werden, während soziale Ungleichheiten de-thematisiert werden. Diskurse über Familie und das Kindeswohl sind der Kristallisationspunkt, an dem die ‚Natürlichkeit‘ der Zweigeschlechtlichkeit, von Männlichkeit und Weiblichkeit, Fragen sozialer Reproduktion und gesellschaftlicher Ordnung verhandelt werden. Die Gender Studies stellen kritisches Wissen bereit, das diese scheinbaren Selbstverständlichkeiten hinterfragt, und geraten damit in den Fokus antifeministischer Kritik.

In den Fallstudien zeigten sich neben diesen Gemeinsamkeiten feldspezifische Besonderheiten: Wissenschaftliche Gender-Kritiker\*innen, darunter eine Reihe von Professor\*innen, interpretieren den Konstruktivismus der Gender Studies als Angriff auf ihr christliches oder positivistisches Wissenschaftsverständnis. Sie haben eine Scharnierfunktion in antifeministischen Diskursen, indem sie mit populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen in gesellschaftliche Debatten hinein wirken, wo sie als wissenschaftliche Autoritäten zu Gender-Fragen anerkannt werden. Dies gilt nicht nur für das rechte und christlich-fundamentalistische Spektrum; auch in den politischen Leitmedien sind sie als

Gastautor\*innen und Interviewpartner\*innen gefragt. Vor allem die konservativen (Print-)Medien werden dabei zum ‚Verstärker‘ von Angriffen gegen ‚Gender‘.

Antifeministische Diskurse und Interventionen schließen an die Besonderheiten feldspezifischer Teilöffentlichkeiten an: Dass es in Deutschland durchaus antifeministische Mobilisierungsversuche gegen die Eheöffnung gab, zeigt die Diskursanalyse von Online-Medien aus dem christlich-rechten und neu-rechten Spektrum in der Fallstudie zur ‚Ehe für alle‘. Wie Interviews mit Beteiligten am Politikprozess verdeutlichten, hatte dies allerdings keinen direkten Einfluss auf die parlamentarische Debatte - hier dominierte vielmehr die Einschätzung, die Gesellschaft sei für diese Reform bereit gewesen. Dass die Liberalisierung gesellschaftlicher Einstellungen gegenüber Homosexualität bis ins konservative Lager hinein reicht, belegt auch die Unterstützung der Reform durch Teile der CDU/CSU. Besonders tiefe Spuren haben antifeministische Diskurse dagegen im Untersuchungsfeld der Fallstudie zu (Sexual-)Pädagogik hinterlassen. Eine schwache institutionelle Verankerung der betroffenen pädagogischen Felder (Sexualpädagogik, geschlechterreflektierte Pädagogik, Antidiskriminierungspädagogik), Missbrauchsskandale und Defizite in der Ausbildung hinsichtlich des Umgangs mit Sexualität bilden feldspezifische Einfallstore hierfür. Ein weiteres Problem besteht darin, dass (Sexual-)Pädagogik derzeit fast ausschließlich als Prävention von sexualisierter Gewalt legitimierbar erscheint, was mit dem antifeministischen Topos des bedrohten Kindes korrespondiert. Die Befunde dieser Fallstudie, aber auch des Gesamtprojekts zeigen die Notwendigkeit, (sexual-)pädagogische und geschlechterreflektierende Bildungsangebote ebenso zu verstetigen wie eine kontinuierliche Bildungsarbeit als Prävention gegen Antifeminismus und Rechtsextremismus.

In anderen Untersuchungsfeldern trafen wir dagegen auf postfeministische Diskurskonstellationen, die allerdings keinen Widerpart zum Antifeminismus darstellen, sondern diesem durchaus Anschlussmöglichkeiten bieten. So verband sich in den untersuchten Orientierungskursen für neu Zugewanderte der auch nach rechts anschlussfähige Diskurs einer geschlechterpolitischen Überlegenheit des Westens mit der postfeministischen Überzeugung, Gleichstellung sei hierzulande bereits erreicht, und ihre Umsetzung im eigenen Leben sei durch individuelle Anstrengungen herbeizuführen. Fortbestehende strukturelle Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis blieben dabei ebenso ausgeblendet wie die Rassismus-Erfahrungen der Teilnehmenden.

Diese Ausblendung struktureller Ungleichheiten ließ sich auch in Mutterschaftsdiskursen beobachten. Die untersuchten Elternzeitschriften adressieren vor allem ‚weiße‘ Mütter aus der Mittelschicht mit biologisierenden Deutungen der Mutterrolle sowie mit einem postfeministischen Diskurs der individuellen Machbarkeit. Problemen soll mit Strategien der Selbstoptimierung abgeholfen werden. Die interviewten Mütter interpretierten das Scheitern an diesen Anforderungen als individuelles Versagen. Eine Aufwertung der traditionellen Mutterrolle, wie sie in antifeministischen Diskursen gefordert wird, kann vor diesem Hintergrund als Entlastung vor überbordenden Anforderungen erscheinen.

Auch wenn unseren Befunden zufolge antifeministische Diskurse in den untersuchten Feldern unterschiedliche Wirkmächtigkeit entfalten, gibt es keinen Anlass zur Entwarnung: Angriffe gegen ‚Gender‘ sind zu einem festen Bestandteil rechtspopulistischer und rechter Strategien geworden. Deren Protagonist\*innen sehen sich selbst in einem ‚Kulturkampf‘ gegen die Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse und werden vermutlich erneute Mobilisierungsversuche starten. Aus analytischer Sicht halten wir die These für plausibel, dass es sich hier um Versuche der Formierung eines politischen Projekts von ‚rechts‘ handelt, das auf neoliberalen Diskursen und Subjektkonzeptionen aufruht, im Hinblick auf das dort entworfene Bild der Geschlechterverhältnisse jedoch als autoritär-regressiv zu charakterisieren ist - und damit einer Demokratisierung der Demokratie entgegensteht. Dies gilt es in weiteren Analysen zu prüfen, da die von uns untersuchten empirischen Felder nur einen kleinen Ausschnitt aktueller antifeministischer Interventionen abbilden.